

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1992)

Heft: 2

Rubrik: Energieszene Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Heftpflaster gegen Zeitbomben

Der Atomunfall bei St. Petersburg hat gezeigt: Auch sechs Jahre nach Tschernobyl hat die Atomindustrie kein Konzept für eine Zukunft ohne die gefährlichen Ostmeiler. Sie favorisiert die Nachrüstung anstelle eines Energiesparprogramms.

"Geld oder Leben", so fasst der Fernsehkommentator die Botschaft des neuesten Reaktorunglücks in Russland zusammen. Bei genauem hinsehen zeigt sich, dass seit Tschernobyl sich nur Mundwerke, aber kaum eine Hand für mehr atomare Sicherheit in Osteuropa gerührt haben. Und für die wirklichen Alternativen - Einsparung und höhere Effizienz angesichts des immens hohen Energieverbrauchs in den Ländern der GUS - wollen die Entscheidungsträger im Westen offenbar gar nichts tun. Letztes Beispiel für die Steifnackigkeit: In Brüssel wird über technische Hilfe für die GUS-Staaten verhandelt. Atomprojekte für 264 Millionen Mark haben die EG-Bürokraten als förderungswürdig erachtet, bei der Energieeinsparung sind ihnen gerade Projekte für 13,4 Millionen eingefallen.

Die EG-Bürokraten sind sich keiner Schuld bewusst. Sie können sich bei ihrer Förderungspraxis schliesslich auf Traditionen stützen. Im vergangenen Herbst zitierte ganz Europa vor

den Krisenreaktoren im bulgarischen Kosloduj. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), sonst eher zurückhaltend mit solchen Urteilen, attestierte dem AKW die Gemeingefährlichkeit und riet zum Abschalten.

In der Einsparung von Energie liegt kurz und mittelfristig der zentrale Hebel, um in ganz Osteuropa auf die gefährlichen AKW verzichten zu können und dennoch die Lichter nicht ausgehen zu lassen. "Der Energieverbrauch wird in jedem Fall zurückgehen", ist sich Ulrich Weissenburger vom deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auch für Russland sicher. Einige der besonders energiefressenden Branchen, wie die Stahlproduktion, würden jetzt schon schrumpfen. Wie weit das gehen kann, demonstrieren zurzeit die fünf neuen Bundesländer. Dort ist der Strombedarf seit der Wende um über ein Drittel zurückgegangen.

Doch die Atomindustrie hat andere Prioritäten. Adolf Hüttl, Siemens-Vorstand, trägt ge-

betsmühenhaft immer wieder die Industrielösung für das Energiedilemma Osteuropas vor: 14 Milliarden Mark koste eine vertretbare Nachrüstung der neueren Ostreaktoren, rechnet der Atomkraftfan vor.

Die Gefahr, dass Staatsgelder in die Wiederbelebung der westlichen Atomindustrie via Nachrüstung gefährlicher Ost-AKW gehen, sieht auch Greenpeace. Die Organisation hat einen wichtigen Geldgeber, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EWBE) aufgefordert, kein Geld für solche Nachrüstungen zur Verfügung zu stellen. Keiner der Sicherheitsmängel der Ostreaktoren könne durch Nachrüstung wirklich beseitigt werden, argumentiert Greenpeace-Wissenschaftler John Willis. Vor allem aber seien Investitionen in eine erhöhte Energieeffizienz allemal preiswerter und wirksamer als diese Nachrüstungsmassnahmen.

taz 26.3.92

Stilllegung der GUS-AKW forcieren

Deutschland will gemeinsam mit anderen westlichen Staaten den GUS-Republiken bei der Stilllegung ihrer Atomkraftwerke helfen.

Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (CDU) forderte Modernisierungshilfen für die GUS-Republiken, die AKW des Tschernobyltyps betreiben: "Je eher die Reaktoren stillgelegt werden könnten, desto besser".

Auch Bundesumweltminister Klaus Töpfer sprach sich erneut gegen eine Nachrüstung aus. In einem Interview sagte er über die 15 noch am Netz befindlichen Reaktoren des Tschernobyl-Typs: "Genehmigungsfähig wären die Kernkraftwerke bei uns alle nicht."

taz 27.3.92

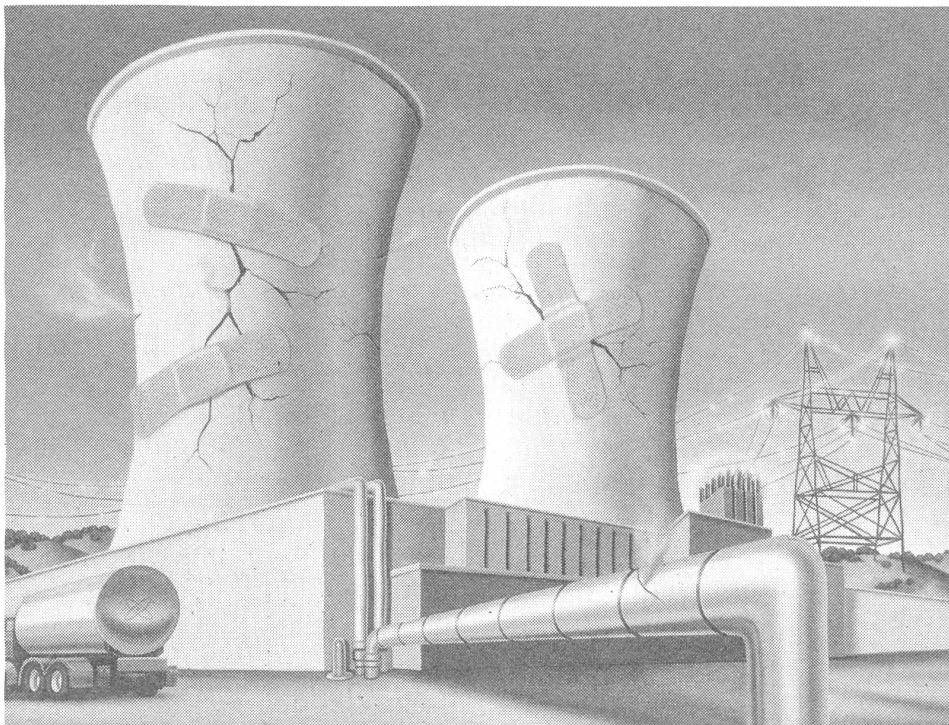
Energieverbrauch im Osten sinkt

In Ostdeutschland ist der Stromverbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung im Februar um rund 13 Prozent unter den Vorjahreswert gesunken. Als wichtigsten Grund gab die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) die rückläufige Industrieproduktion in Ostdeutschland an.

taz 27.3.92

Versteckte Kamera filmt Uranschieber

Beim Ausverkauf der ehemaligen Sowjetunion ist für Geld alles zu haben: Wissen, Waffen, Bomben Uran und ein Filmbericht über illegale Geschäfte. Für 500 US-Dollar liess ein junger russischer Börsenmakler zwei Journalisten des französischen Fernsehens mit versteckter Kamera ein Urangeschäft filmen. Käufer ist ein Anwalt, der für eine österreichische Import/Export-Firma arbeitet. Verkäufer ein tschetschenischer Mafiachef. Die drei Händler treffen sich in einer extra gemieteten Wohnung in einem Moskauer Vorort, um den Vertrag abzuschliessen. Die Übergabe des "nichteisenthaltigen Materials" soll in der Nähe des Königsberger Hafens stattfinden. Die Kaufsumme beträgt 500 000 US-Dollar. Nach Auskunft russischer Atomspezialisten könnte das dem Marktwert



Eurokraten zeigen Mut zum Risiko: Die EG-Kommission will den Weiterbetrieb der Krisen-AKW im Osten absichern, die als "nicht nachrüstbar" gelten. (Bild Image Bank)

von einem Kilogramm Uran entsprechen, das zu 87 Prozent angereichert ist.

Alexej Arbatow, der am russischen Weltwirtschaftsinstitut für Abrüstung verantwortlich ist, erklärte sich über die chaotischen Zustände in der GUS besorgt: "Wir haben keine offizielle Information über die Menge von Uranium und Plutonium, über die wir verfügen, wo die Vorräte gelagert sind und ob sie gut überwacht werden."

taz 13.3.92

Öko-Europa will Gift abschieben

Die Europäische Gemeinschaft hat sich nun dazu durchgerungen, für Produkte ein Umweltkennzeichen einzuführen, ähnlich dem deutschen Gütesiegel in Gestalt des "Umweltengels". Das EG-Siegel besteht aus einer zwölflätzigen Blume mit einem E in der Mitte. Das E steht für Ecological (ökologisch) aber natürlich auch für Europa. Gleichzeitig beschäftigen sich die EG-Umweltminister mit einer Regelung, die weiterhin den Export von giftigen Abfällen nach Osteuropa und in die Dritte Welt ermöglicht.

TA 24.3.92

CO₂: Reduzierungsziele sind Makulatur

Satt der von der deutschen Bundesregierung seit geraumer Zeit verkündeten Verringerung des Kohlendioxid-Ausstosses (CO₂) um 25 bis 30 Prozent für das vereinte Deutschland bis 2005 wird es nur zu einer Reduzierung von maximal zehn Prozent kommen. Bezogen auf das Gebiet der alten Bundesrepublik, für die die Bundesregierung im Herbst 1989 noch das Reduktionsziel von 25 Prozent beschlossen hatte, werden die CO₂-Emissionen in den nächsten 13 Jahren sogar um mindestens sieben Prozent zunehmen. Dass es bezogen auf das vereinte Deutschland unter dem Strich überhaupt zu einer Verringerung komme, sei nicht Ergebnis gezielter Umweltpolitik, sondern die Folge der Stilllegung zahlreicher Industriebetriebe in den neuen Bundesländern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Nord-Süd-Initiative Germanwatch. Danach bleiben die von Bonn geplanten konkreten

Massnahmen auf dem Energie- und Verkehrssektor weit hinter dem zurück, was die Klima-Enquete-Kommission des Bundestages für notwendig hält.

taz 8.4.92

Erdbeben: AKW Biblis abgeschaltet

Der Block A des deutschen AKW Biblis zeigte sich infolge des Erdbebens, das Mitte April Westeuropa erschütterte sehr sensibel und schaltete sich selbständig ab. Block B war widerstandsfähiger und spaltete munter weiter. Block A soll solange nicht wieder ans Netz gehen, teilt das hessische Umweltministerium mit, bis ein Gutachten zur Neubewertung des Erdbebenrisikos des Atommeilers vorliegt.

taz 14.4.92 / NZZ 16.4.92

Auch Österreich will "schmutzigen" Ost-Strom

Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) wollen mit den tschechischen Elektrizitätswerken in Prag einen Zehnjahresvertrag für den Bezug von jährlich 650 Millionen Kilowattstunden Strom abschliessen. Kürzlich hat auch die österreichische Elektrizitätswirtschafts AG einen Stromlieferungsvertrag mit der Ukraine geschlossen. Solche Strombezüge sind fragwürdig, da sie aus sicherheitstechnisch bedenklichen alten Sowjet-AKW und bedenklich stark luftverschmutzenden thermischen Kraftwerken stammen.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) empfahl, die noch laufenden Druckwasserreaktoren in Osteuropa aus Sicherheitsgründen abzustellen. Gleichwohl pochte die IAEA nicht auf eine Stilllegung der alten Ost-Atommeiler. Diese Länder, so wurde die Zurückhaltung begründet, könnten im Moment nicht auf den Strom aus ihren AKW verzichten. So will man auch die beiden in die Schlagzeilen geratenen tschechischen Anlagen von Bohunice nahe der österreichischen Grenze noch mindestens bis 1995 weiterbetreiben.

Als Beispiel für westliche Untätigkeit kann vor allem die WANO herhalten, die "World Association of Nuclear Operators", ein Zusammenschluss der AKW-Betreiber in Ost und West. Sechs Jahre nach Tschernobyl hat die WANO nicht einmal eine Studie über die Alternativen zu den Krisenreaktoren im Osten zustande gebracht. Louis Gilly, Geschäftsführer der WANO in Paris, entschuldigt die Atomunternehmen - zu

Tschernobyl-Gau: Tausende Tote

Gegen sechs- bis achtausend Menschen sollen nach offiziellen Angaben bei der Atomreaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl gestorben sein. Diese Zahlen nannte laut der Agentur Itar-Tass der für die Aufräumarbeiten zuständige ukrainische Minister Georgi Gotowschiz. Die Sterblichkeitsrate der Mitarbeiter an den Aufräumarbeiten sei durchschnittlich drei- bis fünfmal höher. Gotowschiz sagte zudem, die Ukraine habe nicht die wissenschaftlichen Kapazitäten, um die Folgen der Katastrophe zu bewältigen. Deshalb müsse der Westen mit Technologie aushelfen. Die Ukraine werde einen internationalen Wettbewerb ausschreiben, um die Ruine des Atomkraftwerks mit einem sogenannten Sarkophag strahlungsundurchlässig zu

machen. Bis Ende 1993 will die Ukraine auch die anderen drei Blöcke des Atomkraftwerkes abschalten.

NZZ 24.4.92

Sarkophag sinnlos

Die 500 000 Kubikmeter Beton, mit denen der Sarkophag für den explodierten Tschernobyl-Reaktor gebaut wurde, kritisierte der ehemalige Leiter der wissenschaftlichen Aufarbeitung, Wladimir Tschernosenko als eine völlig sinnlose Investition; das radioaktive Material sei nämlich schon längst verbrannt gewesen. Die 20 Milliarden Dollar habe die Moskauer Führung nur aus Prestigegründen verpulvert.

taz 23.4.92

taz Tageszeitung, TA Tages-Anzeiger, NZZ Neue Zürcher Zeitung

denen an vorderster Front der deutsche Atomstromer Preisen Elektra gehören - mit dem Chaos in den GUS-Staaten. Gilly gesteht aber zu, dass die Russen durchaus "Strom aus dem Westen importieren könnten". Die Netzverbindungen von West nach Ost würden das nur noch nicht zulassen.

Der Mann, immerhin ein hoher Repräsentant der Atomindustrie, ist sichtlich nicht im Bilde. Kürzlich hat die österreichische Elektrizitätswirtschafts AG einen Stromlieferungsvertrag mit der Ukraine geschlossen. Danach soll die Ukraine bis zu 800 Millionen Kilowattstunden Atomstrom jährlich nach Österreich exportieren. Für grössere Lieferungen wird extra eine zweite Netzverbindung nahe Wien geplant, hiess es. Der ukrainische Atomstrom soll nach den Berichten durch österreichische Ingenieurleistungen bezahlt werden, mit denen dann Kohle- und Gaskraftwerke nachgerüstet werden sollen. Zusätzlich importieren die Österreicher nach Angaben

der bayrischen Grünen auch noch Strom aus Bulgarien - vom dortigen Krisen-AKW Kosloduj. Eine fescche alpenländische Lösung - bietet doch die österreichische Regierung der CSFR seit fast zwei Jahren steigende Geldbeträge, wenn Prag die AKW vor der österreichischen Haustüre abschaltet. Zentraler als alle Stromexporte sind aber in den Staaten der GUS und in ganz Osteuropa die Energieeinsparungen. Sowjetische Experten bekannten im vergangenen Sommer, dass mindestens ein Drittel ihres Stroms verschwendet werde, und westliche Experten rechnen vor, dass die Industrie in Russland mit 40 Prozent weniger Strom auskommen könnte. Doch der Originalton des russischen Vizeenergieministers Wladimir Dschangirow lautet anders: "Angesichts der begrenzten Energiressourcen wurde als rationalste Richtung der Bau von Kern- und Wärmekraftwerken gewählt..."

taz 26.3.92/TA18.3.92